



## SPD Kreisverband Friesland

### **SPD: Kinderbetreuung ist in den Städten und Gemeinden gut aufgehoben.**

*Diskussion um Trägerschaft löst kein Problem*

Friesland – Die SPD-Kreistagsfraktion, der Kreisverbandvorstand, die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Ratsfraktionen und die finanzpolitischen Sprecher haben in einer Videokonferenz mit Landrat Sven Ambrosy über die Perspektiven der Kita-Finanzierung in den nächsten Jahren gesprochen.

Die SPD ist sicher, dass der Bedarf bei der Kinderbetreuung weiter ansteigen werde und die erforderlichen Betreuungszeiten noch mehr den Wünschen der berufstätigen Eltern angepasst werden müssten. Zudem würden trotz weiter sinkenden Geburtenzahlen mehr Krippen- und Kindergartenplätze benötigt. Ebenso offensichtlich sei, dass eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung für deren zukünftiges Leben von allergrößter Bedeutung sei. Daraus folge, dass die Kosten für die Kinderbetreuung in den nächsten Jahren weiter steigen und die Haushalte der Städte und Gemeinden belasten würde.

Die SPD im Landkreis Friesland ist ebenso sicher, dass die Kinderbetreuung bei den Städten und Gemeinden sehr gut aufgehoben war und ist. Kinderbetreuung ist schon immer ein wichtiger Schwerpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik auf allen politischen Ebenen. „Wir möchten den bestmöglichen Start für die Kinder“ sind sich alle Teilnehmer der Konferenz einig. An den bewährten Strukturen könne und solle man festhalten. Ein Wechsel der Trägerschaft würde von keiner Seite angestrebt und würde den Streit um die Finanzen nach Ansicht der SPD auch nicht lösen. Für Kinder und Eltern wäre der Wechsel aber mit Sicherheit kein Desaster, da politische Ziele bestehen blieben.

Seit 1994 liegt die Kinderbetreuung mit allen Konsequenzen bei den Städten und Gemeinden. Als finanziellen Ausgleich habe der Kreis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die Kreisumlage gesenkt und in den Folgejahren die Kinderbetreuung bei der Festlegung der Kreisumlage berücksichtigt. Eine sogenannte „Änderungskündigung“, wie von der CDU in Schortens beantragt, sei rechtlich nicht möglich. Wenn eine Gemeinde den Vertrag kündige, fielen die Aufgabe, das Personal, die Kosten und die Gebäude an den Landkreis. Eine anschließende Neuverhandlung könne nicht ergeben, dass eine Stadt oder eine Gemeinde bessergestellt würde als die anderen.

Zwischen den Bürgermeistern, dem Landrat und dem Kreistag sei vereinbart worden, dass die Kommunen Zahlen erheben, die Auskunft über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Finanzbedarf der Städte und Gemeinden und auch des Landkreises geben. Dabei müssten vergleichbare Standards zu Grunde gelegt werden. Die Kosten für die Kinderbetreuung seien hierbei eine wichtige Größe. Die Kommunen müssten nun untereinander klären, was in diesen Kosten enthalten sein dürfe, damit Vergleichbarkeit herrsche und damit, überspitzt gesagt, nicht die bescheidene Gemeinde in der anderen Gemeinde eine Kita de Luxe mitfinanzieren muss. Eine Quersubventionierung der Kindertagesstätten innerhalb des Landkreises lehnt die SPD ab. Durch eine Gegenüberstellung der Finanzkraft der Kommunen mit der des Landkreises soll in Zukunft größtmögliche Gerechtigkeit bei der Festsetzung der Kreisumlage erreicht werden. „So kann die emotional aufgeheizte Debatte um die Kosten für die Kinderbetreuung in Zusammenhang mit der Kreisumlage durch eine sachlich begründete Vergleichsbasis endlich beendet werden“, stellt SPD-Vorsitzende Elfriede Ralle in Aussicht.

Landkreis und Kommunen wollen bis zum Sommer ein tragbares Konzept erarbeiten. Der Antrag der CDU Schortens, den Vertrag über die Kinderbetreuung zwischen Landkreis und Stadt zu kündigen komme daher zur Unzeit. „Uns scheint es vernünftiger, die Ergebnisse der Kämmerer-Runde abzuwarten und dann eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, die alle akzeptieren können, bevor wir ein bewährtes Konzept über den Haufen werfen.“ zieht Ulrike Schlieper ein Fazit.